

Der BRD-Schwindel

Wie die "BRD" ihr "Personal" verschaukelt!

An alle Rechtsanwälte in der Bundesrepublik Deutschland.

Es gibt in der Bundesrepublik Deutschland keine staatlichen Gerichte.

Die Geschäftsverteilungspläne der Gerichte in der Bundesrepublik Deutschland entsprechen nicht den gesetzlichen Vorschriften (vgl. § 21e GVG/analoge).

Somit wird den Angeklagten/Beschuldigten/Verfolgten an den Gerichten in der Bundesrepublik Deutschland der gesetzliche Richter (vgl. GG Art. 101/analoge) entzogen. Nach § 16 GVG/analoge darf der gesetzliche Richter nicht entzogen werden.

Die Pflicht eines Rechtsanwaltes/Bevollmächtigten besteht darin, u. a. auch Schaden von seinem Klienten/Mandanten abzuwenden und ihn vor z. B. dem Verbrechen der Rechtbeugung durch Kriminelle in der Justiz zu bewahren und zu schützen.

Mit dieser ABMAHNUNG werden alle Rechtsanwälte in der Bundesrepublik Deutschland dazu aufgefordert weiteren Schaden von ihren Klienten abzuwenden und die Straftaten der Kriminellen in den Gerichten und Staatsanwaltschaften der Bundesrepublik Deutschland mittels Strafantrag i. V. mit Strafverfolgung, Dienstaufsichtsbeschwerde, Disziplinarverfahren zur Anzeige zu bringen.

Genau das wäre die Pflicht eines jeden Rechtsanwaltes als Organ der RPFlege in der Bundesrepublik Deutschland.

Dieses Schreiben als ABMAHNUNG erfolgt somit auch als ERINNERUNG daran, sich als Adressat/Empfänger dieses Faxes bewußt zu machen/werden, sich in Zukunft selbst an Gesetz/Recht zu halten und Straftaten durch Rechtbrecher in der RPFlege umgehend zur Anzeige zu bringen (vgl. § 138 StGB/analoge), anstatt derartige Straftaten zum Nachteil ihres Klienten/Mandanten zu ignorieren/tolerieren.

Der BRD-Schwindel

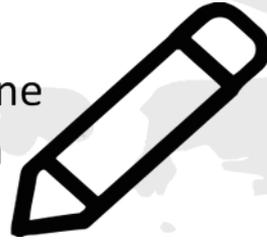
Wie die "BRD" ihr "Personal" verschaukelt!

An alle Rechtsanwälte in der Bundesrepublik Deutschland.

Dieses Schreiben erreicht den Adressaten/Empfänger als Rechtsanwalt der Bundesrepublik Deutschland durch lebende und beseelte Menschen die als Staatsrichter am Internationalen Menschenrechtstrafergerichtshof SWEDEN berufen/bestallt worden sind.

Die Postanschriften des Menschenrechtstrafergerichtshof in Deutschland:

Koblenzer Straße 28, 32584 Löhne
Alte Dorfstraße 7, 31737 Rinteln
u. a. Amtsbüros in
Porta Westfalica, Detmold und Kassel.



Der Adressat/Empfänger dieses Fax-Schreibens als Rechtsanwalt wird somit aufgefordert, sich umgehend für seine Klienten/Mandanten einzusetzen und die gesetzlichen Vorraussetzungen an den Gerichten in der Bundesrepublik Deutschland zu überprüfen.

Am 05.04.2018 haben fünf (5) Staatsrichter des Internationalen Menschenrechtstrafergerichtshof SWEDEN, Einsicht in den Geschäftsverteilungsplan für die Richter am Amtsgericht Bad Oeynhausen bekommen/erhalten. Wie zu erwarten war und wie auch schon im Jahr 2010 am Landgericht Bielefeld festgestellt, entspricht der Geschäftsverteilungsplan für die Richter auch am Amtsgericht Bad Oeynhausen nicht den gesetzlichen Vorschriften.

ABER DIE KRIMINELLEN AN DEN GERICHTEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND MACHEN EINFACH WEITER.

Der RECHTSBANKROTT in der bundesrepublikanischen Rechtspflege ist somit eine offenkundige Tatsache.

Der BRD-Schwindel

Wie die "BRD" ihr "Personal" verschaukelt!

An alle Rechtsanwälte in der Bundesrepublik Deutschland.

Der Adressat/Empfänger dieses Fax-Schreiben wird nunmehr/somit durch den Unterzeichner dieses Schreibens persönlich aufgefordert, sich selbstlos und umgehend gegen die offenkundigen Straftaten/Willkür an den Gerichten in der Bundesrepublik Deutschland auszusprechen und auch die/das Gesetze/Recht und deren gültige Geltungsbereiche zu überprüfen, die gegenüber ihren Klienten/Mandanten durch Gerichte/Staatsanwaltschaften der Bundesrepublik Deutschland zur Anwendung gebracht werden sollen.

Das ist die tatsächliche Pflicht eines Rechtsanwaltes gegenüber seiner Klienten und Mandanten.

Für den Fall, das der Adressat/Empfänger dieses Fax-Schreibens seiner Pflicht als Organ der RPFlege und Rechtsanwalt nicht nachkommt und sich somit auch weiterhin an offenkundigen Straftaten der Kriminellen in der BRD-RPFlege und somit zum Nachteil seiner Klienten/Mandanten beteiligen wird, so wird durch den Unterzeichner dieses Fax-Schreibens vorsorglich darauf hingewiesen, dass dieses Fax-Schreiben incl. der Fax-Belege in Zukunft auf den Internetseiten der Menschenrechtsorganisation WAG-Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland und dort auf einer "ROTEN-LISTE" für "Kriminelle der BRD-RPFlege" veröffentlicht werden wird.

Mit dieser Veröffentlichung (vgl. Anschrift/Name der Kanzlei) soll jedem Recht-suchenden in der Bundesrepublik Deutschland in Zukunft die Möglichkeit zuge-standen werden, selbst zu erkennen, ob es sich bei der Kanzlei seiner Wahl um eine Kanzlei handelt, die sich dem Recht seiner Klienten/Mandanten gegen-über verpflichtet fühlt, oder ob es sich nur um einen Rechtsanwalt handelt dessen einzige Absicht darin besteht, den Hilfesuchenden mittels Abgabe der persönlichen Unterschrift unter die Vollmacht, den Kriminellen der RPFlege in der Bundesrepublik Deutschland ausliefern zu können, nur damit er als "korrupter Rechtsanwalt" auch weiterhin das monatliche "BLUTGELD" für seinen "Mandanten-Verrat" auf seinem privaten Konto vorfinden kann/wird.

Der BRD-Schwindel

Wie die "BRD" ihr "Personal" verschaukelt!

An alle Rechtsanwälte in der Bundesrepublik Deutschland.

Es liegt somit an dem Adressat/Empfänger dieses Fax-Schreiben selbst, wie er es in Zukunft mit seinem Verständnis bzgl. dem Gesetz/Recht und der eigenen Verantwortung gegenüber seiner Klienten/Mandanten, halten möchte.

Das hat aber natürlich auch mit der beruflichen/persönlichen Ehre und der Verpflichtung gegenüber der eigenen Familie zu tun. In diesem Zusammenhang verweist der Unterzeichner auch auf den § 5 des Völkerstrafgesetzbuches und der gültigen HLKO als absolute Rechtsgrundlage für das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (vgl. GG Art. 25/analoge).

Der Adressat/Empfänger dieses FAX-Schreibens wird durch den Unterzeichner noch einmal auf seine persönliche Pflicht als "Organ der RPFlege" und als Bevollmächtigter/Rechtsanwalt gegenüber seiner Klienten/Mandanten ermahnt/hingewiesen, es in Zukunft zu unterlassen, erkennbare Rechtsverstöße und Straftaten zum Nachteil seiner Klienten/Mandanten, begangen durch Kriminelle in der BRD-Justiz und deren Erfüllungsgehilfen, nicht zur Anzeige zu bringen. Nach u. a. auch § 138 StGB/analoge, ist der Adressat/Empfänger dieses Fax-Schreibens verpflichtet, umgehend/sofort STRAFANZEIGE zu stellen, wenn der begründete Verdacht einer möglichen Straftat gegenüber seiner Klienten/Mandanten durch Kriminelle an den Gerichten in der Bundesrepublik Deutschland und dessen Erfüllungsgehilfen, besteht.

Durch die nichtigen Geschäftsverteilungspläne und dem vorsätzlichen Entzug des "gesetzlichen Richters" (vgl. GG Art. 101 i. V. mit § 16 GVG/analoge) und der "Missachtung des rechtlichen Gehörs" (vgl. GG Art. 103/analoge) durch den "Vorsitzenden Richter" der jeweiligen Geschäftsverhandlungen an den Gerichten in der Bundesrepublik Deutschland, sind diese Voraussetzungen um einen Strafantrag/Strafverfolgung, eine Dinstaufsichtsbeschwerde, ein Disziplinarverfahren gegen diese Kriminellen zu begründen, unbedingt gegeben und vorhanden.

Der BRD-Schwindel

Wie die "BRD" ihr "Personal" verschaukelt!

An alle Rechtsanwälte in der Bundesrepublik Deutschland.

Der Adressat/Empfänger dieses Fax-Schreibens kann somit in Zukunft nicht mehr begründen/sagen, er hätte von dem/den Unrecht/Straftaten seiner "Standeskollegen" nichts gewußt. Das wird dann mit Sicherheit nicht mehr genügen.

Der "Rechtsbankrott" in der Bundesrepublik Deutschland ist eine offenkundige Tatsache. Es herrscht "Rechtsstillstand in der RPflege" der Bundesrepublik Deutschland.

Es gibt überhaupt keinen BRD-Juristen der nach "DEUTSCHEM RECHT" über eine Zulassung verfügt. Das sollte auch dem Adressaten/Empfänger dieses Fax-Schreibens bekannt sein.

Somit ist ebenfalls offenkundige Tatsache, dass überhaupt kein Beschluss, Urteil, Strafbefehl, usw., usf., der BRD-Behörden/Gerichten/Verwaltungen jemals Rechtskraft erlangen konnten.

Sowohl die Bediensteten der BRD-Behörden/Gerichten/Verwaltungen, aber auch der Adressat/Empfänger dieses Fax-Schreibens als Rechtsanwalt selbst, bleibt für sein Agieren/Handeln zum Nachteil seiner Klienten/Mandanten in der vollen persönlichen Haftung (vgl. § 5 VStGB/analoge).



Detmold, 03.10.2018

Andreas Möllmann
Ingo Hansmeier

Mensch andreas, Mann aus dere Familie möllmann

Der BRD-Schwindel

Wie die "BRD" ihr "Personal" verschaukelt!

An alle Rechtsanwälte in der Bundesrepublik Deutschland.

Forum der Wahrheit !

www.joh-nrw.net

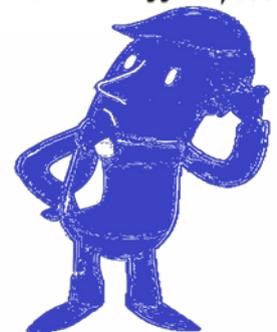
www.joh-nrw.net

- 1.) Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht der Staat Deutschland (vgl. Germany)
- 2.) Die Bundesrepublik Deutschland hat kein eigenes Staatsgebiet !
- 3.) Die Bundesrepublik Deutschland hat kein eigenes Staatsvolk !
- 4.) Die Bundesrepublik Deutschland hat keine eigene Staatsangehörigkeit !
- 5.) Die Bundesrepublik Deutschland hat keine eigene Staatsflagge !
- 6.) Die Bundesrepublik Deutschland hat keine souveräne Verfassung !
- 7.) Die Bundesrepublik Deutschland hat keine gültige Rechtsgrundlage !
- 8.) Die Bundesrepublik Deutschland ist der Rechtsnachfolger des Dritten Reiches !
- 9.) Die Bundesrepublik Deutschland verwendet bis heute illegale NAZI-Gesetze !
- 10.) Die Bundesrepublik Deutschland entzieht deutschen Staatsangehörigen unter Vorsatz ihre tatsächliche Staatsangehörigkeit !

Art. 20 4

Bei der Staatsangehörigkeit "DEUTSCH" im Personalausweis/Reisepass der Bundesrepublik Deutschland handelt es sich um eine korrupte NAZI-Staatsangehörigkeit von 1934 (vgl. Gleichschaltungsgesetz von 1934) die den Inhaber eines solchen Ausweis/Reisepass z. B. auch vorsätzlich kriminalisiert und zu einem vermeintlichen "REICHSBÜRGER" macht.

Der Personalausweis/Reisepass der Bundesrepublik Deutschland verstößt nach Offenkundigkeit (vgl. § 291 ZPO/analoge) auch gegen Art. 139 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, gegen § 111 OWiG i. V. mit §§ 86, 86a StGB i. V. mit §§ 130, 138 StGB/analoge.



JOH - Ermittlungsbeamter

Der BRD-Schwindel

Wie die "BRD" ihr "Personal" verschaukelt!

An alle Rechtsanwälte in der Bundesrepublik Deutschland.

AUFRUF AN DAS DEUTSCHE VOLK ZUM

WIDERSTAND

nach Artikel 20, Absatz 4 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland

Am 25. Juli 2012 hat das Bundesverfassungsgericht das **Bundeswahlgesetz** für **verfassungswidrig** und damit für **nichtig** befunden. Damit steht fest, daß unter der Geltung des Bundeswahlgesetzes **NOCH NIE (I)** der verfassungsmäßige Gesetzgeber am Werk war!

Der **VERFASSUNGSWIDRIG GEWÄHLTE „BUNDESTAG“** ist somit als **VERFASSUNGSWIDRIGES BRD-Organ NICHT BEFUGT**, einfach ein neues Wahlgesetz (oder irgendein anderes Gesetz) zu beschließen!

Jedes Verfahren, dem nachkonstitutionelles Recht zugrunde liegt, ist wegen des **VERFASSUNGSWIDRIGEN ZUSTANDEKOMMENS** dieses Gesetzes selbst **VERFASSUNGSWIDRIG** und **DAMIT NICHTIG!**

BUNDESTAG ILLEGAL!

Der gesamte „**Bundestag**“, nebst der deutschfeindlichen Merkel-„Regierung“, **IST SOFORT AUFLÖSEN!**

Diese verfassungshochverräterische Figuren der illegalen Merkel-„Regierung“, die von mehreren Tausend mutigen Deutschen mittlerweile wegen **Hochverrat, Hehlerei und Bildung einer kriminellen Organisation** bei diversen Staatsanwaltschaften angezeigt worden ist, hätten uns Deutsche ohne verfassungsmäßige Grundlage (!) eiskalt an den ESM **VERRATEN UND VERKAUFT**, ohne daß sich auch nur ein einziger Staatsanwalt dafür interessiert.

Alle Prozesse nach dem neuen Waffenrecht, dem KWKG (Kriegswaffenkontrollgesetz), dem neuen BGB, dem Sozialgesetzbuch und vor allem **STEUERSACHEN nach der AO 77**, sind darauf zu überprüfen, ob die angewandten Gesetze überhaupt vom **verfassungsmäßigen Gesetzgeber** erlassen wurden, oder immer nur von ein paar Leuten, die sich weitgehend selbst gewählt haben, **um deutsche Interessen zu verkaufen**, um kräftig Diäten abzukassieren und den „Gesetzgeber“ zu spielen!

Es ist umfassend zu überprüfen ob abgeschlossene Verfahren wieder aufzunehmen sind bzw. ob und welche Schadensersatz- oder Rückforderungsansprüche gegen den **BRD-(Schein-)„Staat“** geltend zu machen sind.

Welche Besoldungs-, welche Pensions- oder gar welche Diätengesetze haben überhaupt Gültigkeit?

**IN ALL DIESEN BEREICHEN
IST JETZT SO ZIEMLICH JEDE GESETZLICHE GRUNDLAGE WEGGEBROCHEN!!**

Man denke auch an die gesinnungs- strafrechtlichen Verschärfungen und die daraus resultierenden gefüllten Gefängnisse!

Jedem Einzelnen sei nun geraten, in den **anhängigen Verfahren** die gesetzlichen Grundlagen in Zweifel zu ziehen, aus dem Gesichtspunkt der **Nichtigkeit wegen Verfassungswidrigkeit**.

Aus der Karlsruher Entscheidung folgt, daß jedes seriöse Gericht (den gesetzlichen Richter setzen wir gedanklich einmal voraus) bestehende Verfahren sofort unterbrechen und pflichtgemäß eine Vorlage nach Art. 100 GG an das Bundesverfassungsgericht (**Bundesgrundgesetzgericht**) durchführen muß.

Dies gilt für nahezu 99% (!) aller anhängigen Verfahren bzw. für alle Verfahren, die unter der Geltung des „Bundeswahlgesetzes“ stattfanden!

MERKEL IST KEINE KANZLERIN!

Der BRD-Schwindel

Wie die "BRD" ihr "Personal" verschaukelt!

An alle Rechtsanwälte in der Bundesrepublik Deutschland.

Sämtliche Wahnsinnsbeschlüsse der illegalen Merkel-"Regierung", aber auch die, der vorhergegangenen "Regierungen", wie z.B. der **ESM**, die **EU-Diktatur**, die Abkommen von **Maastricht** bis **Schengen**, der "**Lissabon-Vertrag**" uvm. **sind per sofort nichtig und hinfällig!**

Handeln Sie deshalb jetzt!

Das Deutsche Volk muß die Macht in Deutschland wieder in die eigene Hand nehmen und es müssen dringend Präzedenzfälle geschaffen werden!

Das illegale BRD-Politsystem versucht in gewohnter Manier, die fundamentale Bedeutung dieses bahnbrechenden Urteils des Verfassungsgerichtes herunterzuspielen und tut so, als ob es sich beim **verfassungswidrigen Bundeswahlgesetz** nur um einen "kleinen Betriebsunfall" handeln würde und ansonsten alles in Ordnung wäre.

Dem ist aber nicht so!

Jetzt kommt plötzlich ans Licht, wie die großen Systemparteien, insbesondere die CDU, dafür gesorgt haben sich unliebsame politische Konkurrenten vom Leibe zu halten, um stets "sauber" als angebliche Mehrheitspartei dazustehen.

MERKEL IST AB SOFORT KEINE „KANZLERIN“ MEHR (UND WAR ES OFFENSICHTLICH AUCH NIE), sondern nur eine x-beliebige Privatperson, genau wie ALLE Minister, Abgeordneten etc...!

Dies muß jetzt ganz klar erkannt und herausgestellt werden.

Es ist nicht zulässig, daß Merkel sich jetzt mal eben mit der Opposition abstimmt und **schnell noch ein neues Wahlgesetz auf den Weg bringt**, damit ihre zusammengelogene Beliebtheit und der nächste Wahlsieg nicht gefährdet werden!!

Kein einziger **ABGEORDNETENHANSEL** hat ab heute mehr etwas im Bundestag verloren, geschweige denn zu besprechen oder zu mauscheln!

JEDER, der sich jetzt noch ein Amt anmaßt und mit dem Ausverkauf Deutschlands fortfährt, **IST FESTZUSETZEN bis zur späteren Verhandlung** vor einem vom **Volk legitimierten Gericht!**

Niemand hat momentan die Legimitation als Vertreter des Deutschen Volkes aufzutreten und / oder irgendwelche internationalen Unterwerfungserklärungen abzugeben oder überhaupt irgendetwas im Namen des Deutschen Volkes zu veranstalten oder zu entscheiden.

Wie schon beim **Verfassungshochverrat durch die illegale BRD-Regierung** im Zusammenhang mit dem ESM, ist leider auch dieses Mal auf weiter Flur nichts von den (abhängigen und weisungsgebundenen) „Staats“-Anwälten zu hören und zu sehen!

Die gegenwärtige Situation ist die offensichtlichste WIDERSTANDSSITUATION (nach Art. 20 4 GG), in der wir Deutschen uns jemals befunden haben!

Jetzt muß das gesamte deutsche Volk aufstehen, handeln und sich organisieren.

**SOFORT SCHLUSS MIT BRD-ABZOCKER-FIRLEFANZ WIE „GEZ“ UND ÄHNLICHEM ...!
SOFORT SCHLUSS MIT ZWANGS-„KAMMERSCHAFTEN“, ZWANGS-„MITGLIEDSCHAFTEN“ u.ä!
SOFORT SCHLUSS MIT ALLEN ILLEGALEN BRD-„STEUERN“!**

Und vor allem:

SCHLUSS MIT MERKEL UND IHREM HOCHVERRÄTER-KABINETT!!

Gleichzeitig ist der Weg sofort zu bereiten, den Art. 146 GG durch das Deutsche Volk umzusetzen und zwar in seiner ursprünglichen Form!

Es lebe die wahre und echte Demokratie!

Alle Staatsgewalt geht ausschließlich vom deutschen Volke aus!

☛ **Bitte diese Informationen kopieren, ausdrucken und weiträumig verbreiten.**

Von Rechtsanwalt Lutz Schäfer • http://www.lutzschaefer.com/index.php?id_kategorie=8&id_thema=255

<http://www.politaia.org/wichtiges/bundeswahlgesetz-der-gesamte-bundestag-ist-sofort-aufzulosen/>

Höhere Stückzahlen zwecks Weitergabe können preiswert angefordert werden bei

RK Druck- und Vertrieb • Postfach 1824 • 58018 Hagen • www.ruedigerkahn.com

Der BRD-Schwindel

Wie die "BRD" ihr "Personal" verschaukelt!

Deutschland



Meine Heimat

Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht der Staat Deutschland.

www.joh-nrw.net

Bei den Gerichten der Bundesrepublik Deutschland handelt es sich um keine staatlichen Gerichte. Es gibt dort keine Geschäftsverteilungspläne die der gesetzlichen Vorschrift entsprechen könnten (vgl. § 21e GVG/analoge). Dort gibt es auch keine gesetzlichen Richter (vgl. GG Art. 101 i. V. mit § 16 GVG/analoge) sondern nur Kriminelle die dem Angeklagten/Beschuldigten und dem Rechtsuchenden auch noch unter Vorsatz das "rechtliche Gehör" (vgl. GG Art. 103/analoge) entziehen, bzw. verletzen. Diese Straftaten unter Vorsatz geschehen im Einvernehmen mit dem Rechtsanwalt/Staatsanwalt, ohne das dabei überhaupt irgendwelche Gesetze beachtet werden.

Als Beispiel soll hier auf das Amtsgericht Bad Oeynhausen verwiesen werden. Am Amtsgericht Bad Oeynhausen liegt kein gültiger Geschäftsverteilungsplan für die Richter vor. Aber die Kriminellen am Amtsgericht Bad Oeynhausen und deren Erfüllungsgehilfen (vgl. Polizei, Rechtsanwälte, Staatsanwälte aus dem Gerichtsbezirk des ebenfalls korrupten Landgericht Bielefeld) machen einfach weiter mit der Ausplünderung des gesamten deutschen Volkes.

WIR von der WAG-Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland in Detmold zeigen dem kriminellen Direktor des Amtsgericht Bad Oeynhausen und seinen kriminellen Bediensteten/Personal (vgl. Dienstausweis/Personalausweis) den erhobenen Stinkefinger. IHR ALLE DORT SEIT ALS STRAFTÄTER ERKANNT.

